

Notizen

Johannes Paul II. ernannte ein siebenköpfiges Redaktionskomitee für die Erstellung des von der Sondersynode 1985 im Schlusdokument vorgeschlagenen „Weltkatechismus“ (die Synode sprach von einem „Kompendium der gesamten katholischen Glaubens- und Sittenlehre“). Die Ernennung des Redaktionskomitees erfolgte ein Jahr nach der Errichtung einer zwölköpfigen Kommission für den Katechismus, die von Kardinal Joseph Ratzinger geleitet wird (vgl. HK, Juli 1986, 304). Dem Redaktionskomitee für den Katechismus gehören an: der spanische Militärbischof José Maria Estepa Llaurens, der Bischof von Leeds (Großbritannien), David Konstant, der Erzbischof von Parana (Argentinien), Estanislao Karlich, der Erzbischof von Portland (USA), William Levada, der Bischof von Carpi (Italien), Alessandro Maggolini, und der chilenische Weihbischof Jorge Medina Estevez (er ist Mitglied der Internationalen Theologenkommission).

Mit Wirkung vom 15. August ist der Kölner Erzbischof, Kardinal Joseph Höffner, aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz zurückgetreten. Der jetzt 80jährige Kardinal war 1976 als Nachfolger von Kardinal Julius Döpfner nach dessen überraschendem Tod zum Vorsitzenden gewählt und 1982 für weitere sechs Jahre in diesem Amt bestätigt worden. Einen neuen Vorsitzenden wird die Deutsche Bischofskonferenz auf ihrer Herbstvollversammlung vom 21. bis 24. September in Fulda wählen. Es wird fest damit gerechnet, daß Kardinal Höffners Rücktritt vom Amt des Kölner Erzbischofs mit Wirkung zum 14. September erfolgt, einen Tag nach seinem silbernen Bischofsjubiläum.

Die freie Wohlfahrtspflege sieht der neue Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, Josef Schmitz-Elsen, gegenwärtig durch Finanzierungsschwierigkeiten und dirigistische Vorstellungen gefährdet. In einem KNA-Interview machte Schmitz-Elsen einen „langfristigen Trend“ zur „Verstaatlichung“ aus, der zur Erstarung der sozialen Dienste und zur Beeinträchtigung von Notleidenden führe, zumal auf diese Weise der ehrenamtliche Einsatz behindert und damit das Wohlfahrtswesen weniger anpassungsfähig werde.

Für die moralische Zulässigkeit der künstlichen Befruchtung und der In-vitro-Fertilisation im homologen System – also im Falle verheirateter Partner – hat sich der Wiener Theologe und Gynäkologe Johannes Huber ausgesprochen. Hu-

ber, der Dozent und Leiter der Hormonambulanz an der Ersten Wiener Universitätsfrauenklinik ist und früher längere Zeit Sekretär Kardinal Königs war, verband diese Feststellung mit einer deutlichen Kritik an dem römischen Dokument „Über die Achtung vor dem beginnenden menschlichen Leben und die Würde der Fortpflanzung“, dessen Aussagen zur homologen künstlichen Befruchtung er „für rundum falsch“ hält. Offenbar hätten beim Zustandekommen der Instruktion Wissenschaftler beraten, die von der Problematik im einzelnen wenig Ahnung hätten. Gegen die heterologe In-vitro-Fertilisation äußerte auch Huber schwere moralische Bedenken. Vater- und mutterlose Kinder heranzuziehen könne, so der Wiener Arzt, kein gesellschaftliches Ziel sein. Bei der künstlichen Befruchtung zwischen Ehepartnern werde dies jedoch ausgeschlossen.

Ein Hirtenwort der österreichischen Bischöfe zu der durch den Fall Waldheim bzw. durch die Anschuldigungen aus dem jüdischen Weltbund gegen ihn neu aufgebrochene Auseinandersetzung über Österreichs Vergangenheit während der nationalsozialistischen Zeit hat der Wiener (katholische) Psychologe Wilfried Daim in einem Artikel der österreichischen, in Wien erscheinenden, „Furche“ gefordert. Es stünden ja nicht nur die Fehlhaltungen einzelner zur Debatte, sondern es müßten grundlegende Fehlentwicklungen in einer fundamentalen Gewissensforschung geklärt werden. Neben einer klaren Rückweisung jedes Antisemitismus und einer Generalrevision des Verhältnisses zu den Juden müßte ein solcher Hirtenbrief, laut Daim, auch „das fundamentale Versagen der Kirche in der Frage von Hitlers Kriegen, speziell im Fall des Krieges gegen die Sowjetunion“, ansprechen, aber auch die Einstellung der Kirche zu Sozialismus und Kommunismus in der Vergangenheit behandeln. Ohne ein Wort der Bischöfe, so Daim weiter, würden katholische Politiker nicht die moralische Kraft aufbringen, klar zu sehen und zu reden. Auch Stellungnahmen von Laien oder einzelner Bischöfe genügen nicht.

Die Anzeichen, daß die in der Sowjetunion offiziell verbotene ukrainisch-katholische Kirche die staatliche Wiederzulassung anstrebt, haben sich verstärkt. Der früher inhaftierte und seit einiger Zeit wieder in Freiheit gesetzte Vorsitzende des Zentralkomitees der ukrainischen Katholiken, Josyf Terelja, hat Mitte August in Moskau den sowjetischen Behörden eine entsprechende Petition zugeleitet, die neben mehreren Geistlichen und Laien auch von zwei Geheimbischöfen unterzeichnet

war. Bereits Anfang August hatte dieselbe Gruppe dem Apostolischen Stuhl signalisiert, daß die ukrainischen Katholiken den Untergrund verlassen und sich der sowjetischen Öffentlichkeit stellen würden. Die Gruppe begründet ihre Haltung mit der Gorbatschowschen Umgestaltungspolitik, die bisher allerdings noch kaum zu Erleichterungen für die Religionsgemeinschaften geführt hat. Das Neue am jetzigen Vorgehen ist, daß sich zum erstenmal Geheimbischöfe an die Öffentlichkeit gewagt haben.

Wenn man einer Tass-Meldung von Ende Juli glauben darf, wird die Kirche „Königin des Friedens“ von den Behörden der litauischen Stadt Klaipeda demnächst den Gläubigen der Stadt bzw. der katholischen Kirche zum gottesdienstlichen Gebrauch zurückgegeben. Trifft die Meldung zu bzw. folgt der Ankündigung die Maßnahme, dann geht eine der dringenden Forderungen litauischer Katholiken in Erfüllung. Die Kirche war erst 1960 fertiggestellt, bald darauf von den Behörden enteignet und in einen Konzertsaal verwandelt worden. 1962 wurde der damalige Pfarrer der enteigneten Kirche, Liudas Povilonis – heute Erzbischof und seit 1969 Apostolischer Administrator der Erzdiözese Kaunas – wegen angeblicher Veruntreuung von Baumaterialien zu einer achtjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Zugunsten der Rückgabe der Kirche in Klaipeda wurden immer wieder Petitionen verfaßt, zuletzt aus Anlaß der 600-Jahr-Feier der Christianisierung Litauens. Am meisten Aufsehen erregte aber eine entsprechende Aktion 1979. Damals wurden ca. 148 000 Unterschriften gesammelt. Es war die größte Unterschriftensammlung einer religiösen Gemeinschaft, die in der UdSSR jemals stattgefunden hat.

Die Mexikanische Bischofskonferenz hat die sofortige Beendigung der Einmischung ausländischer Mächte in Mittelamerika gefordert. Ausdrücklich sprachen sich die Bischöfe gegen die Unterstützung der antisandinistischen Rebellen, der „Contras“, durch die Vereinigten Staaten aus. Bischof Genaro Alamilla, Vorsitzender der bischöflichen Kommission für soziale Fragen, erklärte dazu, Voraussetzung für die Lösung des Konflikts zwischen den „Contras“ und der sandinistischen Regierung sei der Rückzug der USA und der Sowjetunion aus der Region. Alamilla begrüßte die Reduzierung von Öllieferungen an Nicaragua durch die UdSSR und forderte die USA zu entsprechenden politischen Maßnahmen auf. Bisher hat es die mexikanische Hierarchie vermieden, gegen die amerikanische Unterstützung der antisandinistischen Rebellen Stellung zu beziehen.